„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

17. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 2. Juli 1924 | 12 Seiten | Nummer 34

Deutschlands Interesse am canadischen Weizen

Hamburger Getreidehändler wünscht niedrigere Preise.

Ein bedeutender Hamburger Getreidehändler hat sich über die Aussichten der Einfuhr canadischen Getreides nach Deutschland im Laufe des Sommers ausgesprochen. Er wies darauf hin, daß die canadischen Exporteure hauptsächlich Interesse haben:

1) an der Nachfrage nach Manitoba-Weizen für Mai-, Juni- und Julilieferungen.

2) an dem deutschen Hafengeschäft.

Was den Manitoba-Weizen anbelangt, erklärt der deutsche Getreidehändler, so hängt die Nachfrage von den Preisen ab, die mit denen von La Plata konkurrieren müssen. Deutschland hat immer Weizen von minderer Qualität gekauft. Wenn die Weizenpreise von Manitoba No. 1 ungefähr 4 Pfennige niedriger sind als die des Barusso, würde das canadische Produkt den Vörzug haben. Aber im Augenblick ist der Manitoba No. 1 um drei Pfennige teuerer als der Barusso. Daraus folgt, daß die Käufe von Manitoba No. 1 sich auf kleinen Mengen beschränken, aus denen besseres Mehl für bessere Kunden gewonnen wird. Wenn die Preise sich senken, ist es sicher, daß die deutschen Händler das Doppelte oder Dreifache der bisherigen Menge abnehmen. Dann würde eine stetige regelmäßige Nachfrage nach Ansicht von Handelskreisen zu Wege kommen.

Die Hafengeschäfte sind durch eigene Bestimmungen geregelt, die augenblicklich überreich vorhanden sind, sich aber, sehr wahrscheinlich verändern werden mit Abnahme der bisherigen Hindernisse.

Nach amtlichen Berichten sind die Aussichten heute derart, daß Deutschland im Laufe der nächsten 12 Monate große Mengen canadischen Mehls und canadischen Weizens wird einführen müssen. Die deutschen Bauern sind in ihrer Hoffnung auf ein baldiges günstiges Frühjahr getäuscht worden. Nach einem langen, schweren Winter ist es erst am 22. März etwas wärmer geworden, aber fortwährend durch Nachtfröste unterbrochen, während in ganz Norddeutschland das Klima ständig kalt und regnerisch gewesen ist. Der Stand des Wintergetreides ist sehr ungünstig und an vielen Stellen sind die Sommersaaten nicht vor Ostern aufgegangen. Daher besteht wenig Aussicht auf eine baldige und gute Ernte. Umsomehr wird Deutschland seine Zuflucht zur Einfuhr ausländischen und großenteils auch canadischen Weizens nehmen müssen.

Rhein- und Ruhrbahnen sollen unter Kontrolle bleiben

Berlin, 30. Juni. — In Berlin sind jetzt weitere Einzelheiten über die Ergebnisse der Ministerkonferenz in Chequers Court bekannt geworden. Insbesondere erregt die seitens der Premierminister angenommene Erklärung bezüglich der Rhein- und Ruhrbahnen eine peinliche Stimmung. In der Erklärung heißt es, daß die Kontrolle über die Rhein- und Ruhrbahnen auch in Zukunft aufrecht erhalten bleiben müsse. Zu dieser Erklärung steht die Wilhelmstraße (das deutsche Auslandsministerium befindet sich dort) in direktem Gegensatz. Sie muß dies sogar im Hinblick auf die dringenden Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft, die ohnehin bei endgültiger Annahme des Dawesplanes durch eine Belastungsprobe hindurchgehen muß, von der heute noch nicht feststeht, ob sie erträglich sein wird. Der Standpunkt der Wilhelmstraße zu der genannten Erklärung hält sich völlig eindeutig auf der Basis des Dawesplanes als einer Einheit, aus der nicht willkürlich einzelne Teile zugunsten des Vertragsgegners herausgerissen werden können. Wenn man jedoch, wie Frankreichs und Englands Premiers es nach ihrer Erklärung beabsichtigen, die Kontrolle über die Rhein- und Ruhrbahnen auch in der Zukunft aufrechterhalten wolle, so bedeute das — ganz abgesehen von der schreienden Unrechtmäßigkeit dieser Kontrolle — eine Verletzung der prinzipiellen und im Berichte selbst immer wieder betonten Voraussetzung des ganzen Planes, nämlich der wirtschaftlichen Einheit des Reiches. Ueberdies: Schon vom rein juristischen Standpunkte entstehe, immer nach Ansicht des auswärtigen Amtes, eine völlig neue Lage, wenn jetzt plötzlich die Gegenseite Einzelteile aus dem Gutachten herausgreife, dessen Annahme als Ganzes man andererseits von Deutschland verlangte und auch erhielt. Angesichts der Lebensfragen, die der Dawesplan für das deutsche Volk enthält, und der Verantwortung, die jede deutsche Regierung übernimmt, die sich für den Dawesplan mit allen Pflichten, aber auch mit allen Rechten Deutschlands ausspricht, verhehlt man sich in Kreisen der Wilhelmstraße nicht, daß die Durchführung der seitens Macdonalds und Heriots angenommenen Entschließung eine Revision des deutschen Regierungsstandpunktes zum Dawesplan im Bereich der Möglichkeit erscheinen läßt. Man könnte nicht von Deutschland die Annahme desselben Dawesplanes verlangen, den beliebig zu seinen Gunsten einzuschränken man auf der anderen Seite für sich in Anspruch nehme.

Kanzler Marx hat auf den 3. Juli eine Konferenz der Ministerpräsidenten aller deutschen Bundesstaaten nach Berlin einberufen, um die politische Lage zu erörtern, besonders bezüglich der Reparationszahlungen.

Deutschlands Abrüstung auf neuer Grundlage

Berlin, 30. Juni. — Die Bestrebungen der Reichsregierung über die Militärkontrolle der Alliierten sind jetzt in ein Stadium getreten, das eine baldige Besserung der durch dieses Ereignis hervorgerufenen gespannten politischen Lage und eine Annahme der Militärkontrolle unter gewissen Vorbehalten mit Sicherheit in Aussicht stellt.

Zum wesentlichen Teil dürfte hierzu die durch den französischen und englischen Botschafter dem Reichskanzler Dr. Marx überreichte Note MacDonalds und Herriots aus Chequers Court beigetragen haben. Diese Note erfuhr nämlich, wie aus den Kreisen des Auswärtigen Amtes verlautet, eine durchaus freundliche Auslegung. Man entnimmt ihr das Bestreben MacDonalds und Herriots, eine Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse nach Möglichkeit zu vermeiden. Eine solche Einmischung aber würde stattgefunden haben, wenn die Alliierten angesichts der nationalistischen und militaristischen Umtriebe das Recht der Interalliierten Kommission auf Untersuchung dieser Umtriebe geltend gemacht hätten. Von alledem aber ist in der Note nicht die Rede. Sie legt vielmehr zur Vermeidung eines unnötigen Eingriffes in die Souveränität des Reiches der Regierung nahe, von sich aus und kraft eigenen Rechtes eine Untersuchung über die beanstandeten rechtsradikalen Organisierungsmanöver in die Wege zu leiten. Darin aber kann nach der Auffassung der Wilhelmstraße kein Uebergriff auf die Hoheitsrechte des Reiches erblickt werden. Deshalb verlautet in diplomatischen Kreisen, daß die Annahme der seitens der Alliierten gemachten Vorschläge bezüglich der Ueberführung der Militärkontrolle von den alliierten Mächten auf den Völkerbund als gesichert gelten darf. Freilich würde das deutsche Kabinett in seiner Antwortnote gewisse Vorbehalte machen, in denen es seinen besonderen Wünschen über eine loyale und dezente Durchführung der Militärkontrolle Raum gibt.

Rückkehr von 30,000 Deutschen ins Rheinland

Auf französischen Antrag hin.

Koblenz, 30. Juni. — Die Rheinland-Kommission machte auf Antrag des französischen Mitgliedes die Ausweisung von 7000 Deutschen aus dem von den Franzosen besetzten Gebiet rückgängig, und die Ausgewiesenen können zurückkehren. Mit ihren Familien stellen die Opfer eine Bevölkerung von 30,000 dar. Im Ganzen wurden seit der Besetzung des Rhein- und Ruhrgebietes 150,000 Personen ausgewiesen.

Schwerer Bankkrach in Wien.

Wien, 30. Juni. — Die Allgemeine Depositen-Bank, deren Zusammenbruch vor sieben Wochen durch die Hilfe von fünf der führenden Banken Wiens verhindert wurde, schloß nun ihre Türen. Die Passiva der Bank stellen sich auf etwa $7,000,000.

An alle Wähler und Wählerinnen von Saskatchewan!

Erfüllt am 16. Juli Euere Wahlpflicht!

Nieder mit dem unsinnigen und schädlichen Prohibitions-System!

Nur noch wenige Tage trennen uns vom 16. Juli, jenem Tage, der über die Prohibition in Saskatchewan entscheiden soll. Es ist das eine hochbedeutsame Sache, die auch für die Zukunft unserer Provinz unendlich wichtig ist. Würden am 16. Juli die Prohibitionsfanatiker siegen, dann würden sie noch viel rücksichtsloser und ungezügelter als jetzt schon auftreten, dann wären wir auf Jahre hinaus ihren Schikanen ausgesetzt und dann könnten wir die canadische Freiheit in Saskatchewan begraben. Das darf unter keinen Umständen geschehen.

Darum muß unser Ruf an alle, an jeden einzelnen lauten: Alle Mann an Bord! **Jeder, der Bürger dieses Landes ist, muß am 16. Juli sein Wahlrecht ausüben.** Da darf es keine Entschuldigung und keine Ausrede geben. Denn es kommt auf jede Stimme an. Die Prohibitionisten werden sicherlich ihre Anhänger geschlossen zur Wahlurne bringen und so dafür sorgen, daß uns der Sieg nicht leicht gemacht wird. Sage keiner: „Auf mich kommt es nicht an" oder „Ich habe mein Homebrew zu Hause und damit bin ich zufrieden"! **Homebrew ist Gift** und mancher hat schon in den letzten Jahren durch starken Genuß dieses Giftes seinen frühen Tod gefunden. Was wir brauchen, ist wieder **ein gutes kräftiges Bier.** Das können wir aber nur erwarten, wenn wir am 16. Juli unsere volle Pflicht tun. Nur dann ist ein Sieg des gesunden Menschenverstandes über den Unsinn der Prohibition denkbar.

Das Wahlrecht haben nur jener Mann und jene Frau, die Bürger dieses Landes und 21 Jahre alt sind, die mindestens 12 Monate in Saskatchewan und mindestens 3 Monate in ihrem Wahlkreis gewohnt haben. Wenn ein fremder Staatsangehöriger brtjischer Bürger geworden ist, so ist seine Frau es ebenfalls ohne weiteres. Jeder Wähler muß **in die Wählerliste eingetragen** sein. Wer die Eintragung versäumt hat, kann dennoch wählen, wenn er sich bereit erklärt, durch Eid zu bestätigen, daß er Bürger in Canada ist.

Jeder Wähler und jede Wählerin müssen die erste Frage des Stimmzettels beantworten. Die Frage lautet:

„Are you in favor of Prohibition in Saskatchewan?"

„Sind Sie für Prohibition in Saskatchewan?" Nein! Wir sind nicht dafür. **Daher setzen wir unser Kreuz hinter das „No" dieser ersten Frage.** Das sieht dann folgendermaßen aus:

No ×

Darauf machen wir uns an die Beantwortung der zweiten Frage. Die zweite Frage lautet:

Question 2. If a Liquor System under Government Control be established, which of the following do you favour?

(A) Sale by Government Vendors in Sealed Packages of all Spirituous and Malt Liquors,

or

(B) Sale by Government Vendors in Sealed Packages of all Spirituous and Malt Liquors, and also Sale of Beer in licensed premises.

Wir haben das in einem früheren Artikel schon einmal erklärt.

Die Frage 2 A will nur Alkoholverkauf in großen Packungen durch Regierungsverkäufer zulassen.

Die Frage 2 B gestattet diesen Regierungsverkauf, aber zugleich auch den Verauf von Bier durch Hotels. Wir treten **für Bierausschank in Gläsern ein,** damit nicht jeder gezwungen ist, sich das Getränk in großen Mengen zu kaufen. Darum setzen wir unser Kreuz hinter die Frage B:

(B) Sale by Government Vendors in Sealed Packages of all Spirituous and Malt Liquors, and also sale of beer in licensed premises. ×

Wenn sich am Wahllokal Prohibitionisten einfinden, die Euch beschwätzen oder umstimmen wollen, so

laßt Euch nicht irreführen!

Die Prohibitionisten werden davon reden, daß die alten Bars mit ihren alten Mißständen wieder eingeführt werden sollen. Darauf gibt es nur eine Antwort: **Es ist heller Unsinn, von Einführung der alten Bars zu sprechen.** Daran denken die Wähler nicht. Davon will die Provinzialregierung nichts wissen und die Legislatur von Saskatchewan ist sicherlich auch dagegen. Mit solchen Schwätzereien wollen die Prohibitionisten nur die Wähler kopfscheu machen.

Gerade deswegen müssen alle unsere Freunde für eine gründliche Aufklärung in ihren Bekanntenkreisen sorgen. Geht zusammen und sprecht miteinander über die Frage. Zeigt Eueren deutschsprechenden Nachbarn, was der „Courier" über diese Abstimmung am 16. Juli schreibt! Unsere Zeitung hat schon seit Monaten ihr Menschenmöglichstes getan, um die ganze Torheit und Schlechtigkeit der Prohibition klar zu machen. Fast in jeder Couriernummer erschien ein größerer oder kleinerer Artikel darüber.

Freunde, rüttelt auch die Gleichgültigen und die Schlafmützen auf! Nehmt Euere Frauen und Euere erwachsenen Söhne und Töchter, die Bürger und Bürgerinnen sind, mit zur Wahl! Bedenkt immer: Es kommt auf jede einzelne Stimme an! Wenn Ihr nicht selbst wählen dürft, so könnt Ihr doch andere aufklären. Besucht die Versammlungen der Moderation League of Saskatchewan!

Ein sehr wichtiger Punkt ist die finanzielle Seite der Frage. Wird die Prohibition aufgehoben und der Alkoholverkauf eingeführt,

dann fließt Geld nach Saskatchewan.

Tausende und Abertausende von Dollars gehen jetzt in unsere „nassen" Nachbarprovinzen Alberta und Manitoba. Wir in der Mitte sind noch „trocken". Das ist ein unhaltbarer Zustand. Wie wohl täte es uns, unseren Farmern und Geschäftsleuten, wenn aus den Vereinigten Staaten kaufkräftige Amerikaner mit vollen Geldbeuteln nach Saskatchewan kämen, um hier ihren Durst zu löschen und dafür amerikanische Dollars springen zu lassen. Das ganze Wirtschaftsleben der Provinz würde dadurch neuen Antrieb erhalten. Aber auch in die Provinzialkasse werden große Summen fließen. Die drückenden Steuern können herabgesetzt werden und doch werden neue Mittel für Straßenbau und sonstige Zwecke vorhanden sein. Die Arbeitslosigkeit, die jetzt stellenweise auftritt, wird beseitigt, wenn die Geschäfte wieder aufblühen.

Darum geht am 16. Juli alle zur Wahl!

Stimmt „nay"!

Setzt Euer Kreuz (×) hinter das „No" der ersten Frage!

(Siehe auch unseren Editorialartikel auf Seite 2!)

Zur Hudsons Bay!

Sparsamkeitsgründe können hier nicht gelten.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Bewegung für die Vollendung der Hudsons Bay-Bahn jeden Tag an Kraft im Westen gewinnt. Sie nimmt schon solche Gewalt an, daß man glauben sollte, keine Regierung könnte ihr noch lange widerstehen. Wir werden sehen. Wir sind schon derart an die Zurückstellung des Planes gewöhnt, daß es ein gewaltiger Irrtum sein würde, wenn man die Fertigstellung der Bahnlinie als feststehende Tatsache ansehen würde. Viel Agitation ist in der Vergangenheit schon darauf verwendet worden und noch viel mehr wird notwendig sein, bevor das Ziel erreicht ist. Inzwischen übt die „Onto-the-Bay-Association" einen starken Druck auf die Regierung aus. Hoffentlich sind diese Bemühungen nicht vergeblich.

Besonders verdient gemacht um die Aufklärung der Bevölkerung hat sich der Sekretär des Yorkton-Distriktes der S. G. G. A., G. Fred Swain von Springside, Sask. In einer vor längerer Zeit schon abgehaltenen Versammlung in Springside wurde eine Resolution angenommen, die mit einem Begleitschreiben an den Premier gesandt wurde. In dem Briefe wies Swain darauf hin, daß die Regierung keine Sparsamkeitsgründe für die Verzögerung des Bahnbaues ins Feld führen kann, da die notwendigen Gelder dafür durch den Verkauf der Ländereien und nicht durch Besteuerung aufgebracht werden. Es sei keine Sparsamkeit, für $20,000,000 Material, das bereits dort liege, zu Grunde gehen zu lassen. Wenn die Eisenbahn nicht sofort gebaut werde, würde die C. P. R. die Bay zuerst erreichen, wobei es scheinen könne, als ob man die Interessen der C. P. R. denen der C. N. R. vorziehe.

Der Kampf um die Crow's Rest-Raten.

Ein schwerer Kampf tobt zur Zeit von den Eisenbahngesellschaften, der C. N. R. wie der C. P. R., gegen die Wiedereinführung der Crow's Nest Paß-Raten, welche am 7. Juli aufhören, wenn nicht inzwischen eine Aktion zur Fortdauer der bisherigen Raten unternommen wird.

In einer Versammlung des Bundes-Kabinetts hat vor einigen Tagen der Eisenbahnrat verlangt, wenn das Parlament nicht dauernd das Abkommen abschaffe, sollte es wenigstens für eine weitere Periode aufgehoben werden. Das Hauptargument des Eisenbahnrates war, wenn das Abkommen wieder in Kraft trete, würde der Fehlbetrag der Canadian National Railways stark anwachsen und die Dividendenzahlung der C. P. R. beeinträchtigen.

Für das letztere Argument werden viele Leute des Westens jedenfalls wenig Verständnis haben. Denn seit manchen Jahren ertreuen sich die Aktieninhaber der C. P. R. hervorragender Einnahmen aus ihrem Kapital, Einnahmen, welche den Farmern der Prärie-Provinzen sehr wohl taten, die sich oft nur mit schwerer Mühe vor den Fangarmen ihrer Gläubiger erretten können.

Soweit die C. N. R. in Frage kommt, würden die Farmer des Westens selbstverständlich sehr gerne ebenso wie die Bevölkerung des Ostens sehen, daß sie auf festere Füße gestellt werde. Aber das ist kein Grund, warum der Osten von den Defizitlasten auf Kosten des Westens befreit werden soll. Westcanada ist gewiß zu geringen Eisenbahnraten berechtigt. Bedeutet das ein erhöhtes Defizit, so muß das durch Belastung des ganzen canadischen Volkes und nicht des Westens allein gedeckt werden.

Sturm heischt in Ohio über 100 Todesopfer

Cleveland, Ohio, 1. Juli. — Der Lebensverlust durch einen Tornado, welcher einen großen Teil von Lorrain und einen Teil von Sandusky und andern Ohio Orten zertrümmerte, war weniger groß als die ersten Berichte sagten. Eine neue Berechnung der Unfälle zeigt jedoch, daß bei diesem Sturm und fast gleichzeitigen Störungen in Pittsburg und im oberen Mississippi Tal über 100 Menschen ihr Leben verloren. Den größten Lebensverlust hatte Lorain, mit 62 Toten, 118 sind verletzt. In Cleveland kamen sieben Personen um, der Sachschaden war aber gering. Pittsburgh meldet drei Todesfälle, ebensoviele Manuta, Ohio, Akron einen. Die Totenliste inn Iowa und Illinois war gering, was im ganzen eine Totenzahl von 109 ergibt. Der gesamte Eigentumsverlust dürfte, wenn die Berichte aus den ländlichen Gegenden vollständig vorliegen, 50 Millionen Dollars betragen. Trotz der Vermüstung von Lorrain, wo der Sturm ein Viertel der Stadt in Trümmer legte, ging das Rettungswerk schnell. Staatstruppen hielten die Ordnung unter den Einwohnern, von welchen Hunderte aus ihren Wohnungen vertrieben und in Zelten und bei Freunden untergebracht werden mußten. Der größte Lebensverlust in Lorain kam im State Theater vor. Das vierstöckige Gebäude stürzte zum Teil ein, viele Zuschauer bei einer Filmvorstellung wurden zermalmt. Ein Badehaus am Strande wurde in Stücke gerissen und es hieß, daß Dutzende ums Leben gekommen seien. Eine nachherige Untersuchung ergab jedoch, daß wahrscheinlich alle Leute am Strande mit dem Leben davongekommen sind. Der Tornado traf Sandusky und Lorain zu einer Zeit, da die Fabiken leer standen. Dies hat die Totenzahl um Hundert verringert. Verschiedene industrielle Anlagen wurden wenige Stunden später niedergerissen, nachdem sich Tausende von Angestellten entfernt hatten. Alle Dampfer auf dem Erie See überstanden den Sturm unversehrt. Zahlreiche Aerzte, Pflegerinnen und Arbeiter vom Roten Kreuz befassen sich mit Unterbringung der Obdachlosen und Fürsorge für die Verwundeten. Polizei und Feuerwehr begannen mit Entfernung der Trümmermassen, welche viele Straßen versperrten. Der Schaden auf dem Lande war geringer als befürchtet, weil der Sturm weite Gebiete übersprang, ohne viel Unheil anzurichten.

Deutsches Volk denkt nicht an Krieg

Berlin, 2. Juli. — Nach der Antwort auf die alliierte Note über Ernennung der Kontrolle von Deutschlands Bewaffnung weist das deutsche Volk auch nur den Gedanken an einen Krieg zurück. Alle Meinungsschattierungen verwerfen geheime Rüstungen als unmöglich, nutzlos und gefährlich. Die Regierung ging bei Entwaffnung gewisser politischer Vereinigungen gründlich zu Werk. Sie sind zweifellos nicht länger in irgend welcher ernster Ausdehnung bewaffnet.

Brüssel, 30. Juni. — Heute wurde offiziell bekannt gegeben, die belgische Regierung stimme der Fassung der britisch-französischen Militärkontroll Note an Deutschland restlos zu. Damit werden die in der Presse erschienenen Berichte, Belgien sei nicht vollständig im Einklang mit dem Dokument, widerlegt.

Großer Krach in der polnischen Textilindustrie

Lodz, Polen, 2. Juli. Die im letzten Winter begonnene Krise in der polnischen Textilindustrie hat jetzt den Höhepunkt erreicht. Seit Menschengedenken hat der Pleitegeier hier nicht so zahlreiche Opfer auf einmal gefordert, wie in den letzten Tagen. Ganz besonderes Aufsehen haben hier in Warschau die Zahlungsschwierigkeiten erregt, in denen sich gegenwärtig drei der allergrößten Industriebetriebe des Lodzer Bezirks befinden. Es handelt sich um die Aktiengesellschaft „Zawiercie", um die Firma Ludwig Geyer, die drittgrößte Fabrik in Lodz, und um die Widzewer Spinnerei. Die fälligen Verbindlichkeiten der erstgenannten Gesellschaft belaufen sich auf 2½ Millionen Dollars, wovon die meisten Forderungen auf das Ausland entfallen und für die eine Deckung auch nicht im entferntesten Maße vorhanden ist, weil das Lager nur für etwa $100,000 Waren enthält, die als Sicherung für nicht bezahlte Akzepte zur Disposition einer Bank gestellt sind.

Das größte Fernrohr der Welt für Rußland.

London, 30. Juni. — Für Rußland ist in englischen Fabriken nach siebenjähriger Arbeit eben eines der größten Fernrohre der Welt hergestellt worden. Das Fernrohr, dessen Herstellungskosten ungefähr 15,000 Pfund Sterling betragen, enthält einen Spiegel von 40 Zoll Weite und 8½ Zoll Dicke, der fast 1000 Pfund wiegt und allein 1000 Pfund Sterling kostet. (Vielleicht suchen die russischen Bolschewiken mit dem Fernrohr Bundesgenossen auf einem weitentfernten Stern.)

Italienische Erregung über faszistischen Mord

Rom, 30. Juni. — Alle Arbeiter in Italien, auch die faszistischen, stellten Freitag Vormittag in Italien die Arbeit 20 Minuten lang ein. Es war eine Huldigung für den erschlagenen sozialistischen Abgeordneten Matteoti und eine Protestkundgebung gegen das Verbrechen. Außerhalb der Fabriken und Werkstätten war die Kundgebung nicht bemerkbar, denn öffentliche Betriebe, wie Straßenbahnen, blieben in Tätigkeit. Gleichzeitig einigten sich Gruppen der Opposition auf einen Beschluß, der nachmittags in einer Plenarsitzung angenommen wurde. Als Huldigung und Protest wahrten diese Gruppen 10 Minuten lang Stillschweigen.

Ungarn erhält Goldwährungsbank.

Budapest, 30. Juni. — Die ungarische National-Bank (Goldwährungs-Bank) wurde hier eröffnet, und Leute standen in langen Reihen, um ihre ausländischen Gelder dort zu deponieren, weil das Gerücht herrschte, daß die österreichische Krone, die jetzt auf 90,000 für einen Dollar steht, auf 70 stabilisiert werden soll.

Dreißig Explosionsopfer.

Wien, 30. Juni. — Dreißig Arbeiter kamen durch eine Explosion in der Kohlenzeche in Hartgloggnitz ums Leben. Infolge der mangelhaften Gasmasken erwies sich das Rettungswerk als unmöglich. Verschiedene von der Rettungsmannschaft büßten ihr Leben ein.

Reicher Edelsteinfund auf Insel Ceylon

Colombo, Ceylon, 30. Juni.— Der reichste Fund von Saphiren, der jemals auf Ceylon (Insel südlich von Indien), wenn nicht in der ganzen Welt gemacht worden ist, wird von Pelmadulla, 50 Meilen von Ceylon, gemeldet. Die Fundstätte befindet sich in einem Reisfelde von ungefähr zwei Acker Ausdehnung.

Die Saphire umfassen gelbe, goldfarbene, purpurne und blaue Steine in verschiedener Größe von 20 bis 700 Karat. Manche von ihnen wiegen, wie der Bericht feststellt, über ein halbes Pfund und sind von wunderbarem Farbenfeuer. Einer der bekanntesten Edelsteinhändler von Colombo erklärt den Fund für beispiellos, hält aber die Steine für zu groß. Was der Handel jetzt an Saphiren verlangt, sind Steine im Gewicht zwischen 4 und 20 Karat, da die Nachfrage nach großen Stücken geschwunden ist, und jene Zeiten, wo gekrönte Häupter und reiche Sammler hohe Preise für einen einzelnen Stein anlegten, sind vorüber.

Einige der aufgefundenen Steine werden im roh geschliffenen Zustande auf über 75,000 Dollar geschätzt. Ein in jeder Beziehung vollkommener Saphir, von hervorragender Güte und Farbe, frei von Blasen und einwandfrei geschliffen, wurde um $250 für jedes Karat verkauft.

Der größte fertiggeschliffene Saphir, der jemals aus Ceylon verschickt wurde, ist einer, der an den verstorbenen J. Pierpont Morgan im Jahre 1908 verkauft wurde. Dieser Stein, dem Vernehmen nach der größte der Welt, wurde bei Kurivita in der Nähe von Ratnapura im Jahre 1908 gefunden. Er wog nach dem Schnitt und Schliff 460 Karat.

Der Edelsteinfund im Reisfeld hat natürlich in Ceylon großes Aufsehen erregt und eine Menge Neugierige an die Stelle gelockt, wo auch weiterhin nach Saphiren gegraben wird.

Ver. Staaten nehmen an Londoner Konferenz teil

Washington, 30. Juni. — Botschafter Kellogg in London wurde beauftragt, der kommenden Konferenz der Ministerpräsidenten zur Erörterung des Dawes-Plans beizuwohnen. Oberst James A. Logan, der als amerikanischer Beobachter an der Gutmachungskommission in Paris tätig ist, wird gleichfalls nach London gehen, um den Botschafter während der Konferenz zu unterstützen.

Die Ernennung wurde in einer Mitteilung des Weißen Hauses bekannt gegeben, welche hinzufügte, daß Herr Kellogg der Konferenz beiwohnen würde, um „solche Angelegenheiten zu verfolgen, welche die Interessen der Ver. Staaten berühren, und die hiesige Regierung im allgemeinen zu informieren."

Die Entscheidung über die Beteiligung der Ver. Staaten an der Konferenz wurde getroffen, nachdem das Staatsdepartement durch den Botschafter benachrichtigt worden war, daß eine Einladung zur Beteiligung der amerikanischen Botschaft in London überreicht worden sei. Die Erklärung des Weißen Hauses bemerkte, daß es „der Wunsch der Administration sei, daß der Dawes-Plan sobald als möglich ausgeführt werden sollte." (Siehe auch unter Weltumschau auf Seite 2 die Abschnitte England und Frankreich!)